



## Neuer Drogenpolitik auf der Spur

Trotz Drogenrepression nimmt der Konsum von Betäubungsmitteln zu. Deshalb sind Bettina Fahrni, Präsidentin Jungfreisinnige Stadt Zürich, und Thilo Beck, Chefarzt Psychiatrie im Arud, überzeugt, dass eine Drogenlegalisierung prüfenswert ist.

«Wir Jungfreisinnigen wollen alle Drogen legalisieren, nicht nur den Hanf!» Gleich mit ihrem ersten Statement an der Polit-Lounge der FDP 9 stellte Bettina Fahrni, die Präsidentin der Jungfreisinnigen in der Stadt Zürich, klar, dass für sie die derzeitige Nationalratskandidatur kein Anlass ist, ihre politischen Werte an vermeintliche Mehrheitsmeinungen anzupassen. «Jede Person soll eigenverantwortlich entscheiden, welche Substanzen sie zu sich nehmen will. Da bei einer Legalisierung der Schwarzmarkt verschwindet, wird der Gesundheitsschutz verbessert», zeigte sich Fahrni überzeugt.

### Schneller als jede Pizzalieferung

Neben ihr stand am Podium im Hotel Spigarten mit Thilo Beck ein über die Stadtgrenzen hinaus bekannter Drogenexperte. Wer nun meinte, Beck würde der Jungpolitikerin widersprechen, sah sich getäuscht. Denn Beck ist durch seine Erfahrungen als Chefarzt Psychiatrie im Arud, dem Zürcher Zentrum für Suchtmedizin, mehr denn je überzeugt, dass die Schweizer Drogenpolitik nicht länger auf Verbote setzen sollte. «Ich hätte im Arud weniger zu tun, wenn Drogen legal wären. Viele Probleme und Schäden entstehen heute durch die illegalen Strukturen», so Beck. «Es ist die Prohibition, welche die Drogen-

konsumenten krank macht!»

Für die Annahme, dass die heutige Drogenrepression zumindest den flächendeckenden Konsum von Betäubungsmitteln verhindern würde, hatte Thilo Beck als Fachspezialist nur ein müdes Lächeln übrig: «In Zürich gilt wie an den meisten Orten dieser Welt: Sie kommen schneller an Drogen als an eine Pizza.» Aus der

Frage, wie schnell der Drogenkauf dereinst nach der Legalisierung vonstattengehen soll, ergab sich die einzige wirkliche Konfrontation an diesem Abend. Denn Bettina Fahrni sprach sich vehement dafür aus, dass Drogen dereinst wie Alltagsprodukte im Detailhandel verkauft werden sollten. «Das Verkaufspersonal ist schliesslich durch Alkohol und Zigaretten darin geübt, Suchtmittel nur an Personen über 18 Jahre zu verkaufen», so Fahrni. Der Jugendschutz sei so gewährleistet. Wichtig sei ihr aber, die Prävention in den Schulen auszubauen. Beck rief dagegen in Erinnerung, dass Alkohol-Testverkäufe regelmässig zeigen würden, dass Jugendliche in jedem dritten Betrieb problemlos Bier und Schnaps erhalten. Er sei deshalb dagegen, privaten Händlern den Drogenvertrieb zu überlassen. «Bei einer Legalisierung gehört der Drogenverkauf zwingend in staatliche Hände.»

Auf eine Prognose, in welchem Jahr das Gedankenspiel einer Legalisierung sämtlicher Drogen in der Bevölkerung mehrheitsfähig sein könnte, wollten sich weder Fahrni, noch Beck einlassen. (e.)